

Tuesday, October 20, 2020 1:45:35 PM

Cyber-Spezial



Ausgabe Nr  
10/2020

**Sehr geehrte Damen und Herren ,**

Ich freue mich, das aktuelle Cyber-Spezial des Verbands der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (VÖWG) zu präsentieren. Darin finden sich Kurznachrichten aus den Bereichen Digitalisierung und Datenschutz.

Gemeinsam mit meinem Team wünsche ich eine angenehme Lektüre!  
Heidrun Maier-de Kruijff

---

**Veranstaltungstipp: Chancen der Digitalisierung für eine nachhaltige Mobilität**

Für eine soziale und nachhaltige Mobilitätswende stellen Digitalisierungsmaßnahmen im Verkehr einen entscheidenden Faktor dar. Deshalb widmet die Arbeiterkammer Wien in Kooperation mit dem Ökobüro – Allianz der Umweltbewegung den „Chancen der Digitalisierung für eine nachhaltige Mobilität“ eine eigene Veranstaltung.

Diese wird **am 28.10. von 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr online** übertragen.

**Das Programm zur Veranstaltung sowie der Live-Stream sind auf der Homepage der Arbeiterkammer unter folgendem [Link](#) abrufbar.**

**Cloud-Migrationen können fast 60 Millionen Tonnen CO2-Emissionen pro Jahr einsparen**

Der Umstieg auf die [Public Cloud](#) kann bewirken, dass der Kohlendioxid ausstoß als Teil der gesamten IT-Emissionen weltweit um 5,9% sinkt bzw. um fast 60 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr zurückgeht. Das entspricht 22 Millionen aus dem weltweiten Straßenverkehr entfernter Autos. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Studie "[The Green Behind the Cloud](#)" des Beratungsunternehmens Accenture. Die Studie zeigt auf, wie Unternehmen den größten Nutzen aus dem umweltfreundlichen Einsatz und der Nutzung von Cloud-Diensten ziehen können, unabhängig davon, wo sie sich auf ihrer Cloud-Reise gerade befinden. Hierfür wurden die Ergebnisse bei der Umsetzung nachhaltiger Cloud-Migrationen in zahlreichen Kundenprojekten weltweit analysiert und ausgewertet. Die Analyse zeigt, dass sich der CO2-Ausstoß im Vergleich zu konventioneller Infrastruktur allein durch Cloud-Migrationen um mehr als 80% reduzieren lässt. Durch die Ausrichtung der Anwendungsarchitektur auf Cloud-native Services ist es sogar möglich diesen Wert weiter zu senken - auf bis zu 98% Reduktion.

## **EuRH: Digitalisierung der europäischen Industrie unzureichend**

In Europa werden die [Vorteile fortschrittlicher Technologien nicht voll ausgeschöpft](#), um Innovationen zu schaffen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Jahr 2016 startete die Europäische Kommission die Initiative zur Digitalisierung der europäischen Industrie (DEI-Initiative), um die Digitalisierung von EU-Unternehmen voranzutreiben. Trotz der Bemühungen der Kommission, die nationalen Behörden zu unterstützen, schreitet die Initiative in den Mitgliedstaaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran. Zu dieser [Einschätzung kommt der Europäische Rechnungshof \(EuRH\)](#) in einem neuen Bericht. In einigen Ländern gibt es noch immer keine nationalen Digitalisierungsstrategien. Mit Ausnahme von Deutschland war das Konzept der Digital Innovation Hubs (DIH) in den besuchten Mitgliedstaaten noch nicht vollständig entwickelt.

## **EU-Kommission: Anpassung der allgemeinen und beruflichen Bildung an das digitale Zeitalter**

Am 30. September 2020 hat die EU-Kommission zwei Initiativen im Rahmen der Europäischen Qualifikationsagenda veröffentlicht. Diese Initiativen sollen nicht zuletzt auch den Beitrag, den allgemeine und berufliche Bildung zur Erholung der europäischen Länder von der COVID-19 Krise spielt, untermauern bzw. stärken.

1. Bis 2025 soll der [Europäische Bildungsraum](#) umgesetzt werden, der von dem Aufbaufonds "Next Generation EU" und dem Programm "Erasmus+" unterstützt wird und Reformen in den Mitgliedstaaten vorantreiben soll. Neben den Aspekten Qualität, Gleichstellung der Geschlechter, Lehrpersonal, Hochschulbildung und geopolitische Dimension Europas werden als Schlüsseldimension des Europäischen Bildungsraums auch grüne und digitale Bildungskonzepte genannt. Das Projekt soll dazu beitragen, das Potential von Bildung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und der Verbesserung des sozialen Zusammenhalts voll auszuschöpfen. Die Kommission wird einen Rahmen für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der Einbindung von Stakeholdern aus dem Bildungsbereich vorschlagen.
2. Der [Aktionsplan für digitale Bildung \(2021-2027\)](#) ist ein Eckpfeiler der Bemühungen der Kommission, den digitalen Übergang zu unterstützen und verfolgt zwei strategische Prioritäten. Zum einen soll ein hochleistungsfähiges digitales Bildungssystem gefördert und zum anderen digitale Fähigkeiten in der Bevölkerung verbessert werden, um den digitalen Wandel zu meistern. Hauptziel des Aktionsplans ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf Europäischer Ebene sowie mit Stakeholdern ebenso zu stärken wie den Austausch zwischen diversen Stakeholdergruppen, um europäische Bildungs- und Ausbildungssysteme an das digitale Zeitalter anzupassen. Als konkrete Maßnahme wird neben einem europäischen Zertifikat für digitale Kompetenzen u.a. auch eine europäische Austauschplattform für digitale Bildung vorgeschlagen.

## **Europäische Kommission: Einschränkung von wettbewerbsfeindlichem Verhalten bei Plattformwirtschaft**

In einer Rede vor dem Europäischen Parlament hat Binnenmarktkommissar Thierry

Breton erklärt: "Diese Krise hat die Rolle und den systemischen Charakter bestimmter Plattformen aufgezeigt, die sich oft so verhalten, als seien sie zu groß, um sich um legitime Bedenken bezüglich ihrer Rolle zu kümmern: zu groß, um sich zu kümmern, zu groß, um zu versagen." Laut Politico, die sich auf interne Dokumentenentwürfe bezieht, arbeitet die Europäische Kommission an einer Reihe von legislativen Instrumenten, die es Unternehmen verbieten sollen, ein als wettbewerbsfeindlich einzustufendes Verhalten an den Tag zu legen, wie etwa die Bevorzugung ihrer eigenen Dienste auf ihren Plattformen und die ausschließliche Vorinstallation ihrer Anwendungen auf Betriebssystemen.

In der Folgenabschätzung der Kommission heißt es, dass "aufgrund der 'winner-take-all'-Dynamik der Plattformwirtschaft große Online-Plattformen gewachsen sind und an Gatekeeper-Power gewonnen haben", was "wichtige Bedenken aufwirft, da sie die Möglichkeit haben, schädliche Handelspraktiken anzuwenden, und dies auch tun. Diese Praktiken betreffen sowohl ihre geschäftlichen Nutzer als auch ihre Konkurrenten".

Das Europäische Parlament hat betont, dass es die Kommission dringend zu mehr Transparenz darüber aufruft, wie illegale und schädliche Inhalte auf Empfehlungssystemen (Algorithmen, die den Nutzern automatisch neue Inhalte empfehlen) von Plattformen verbreitet werden. Zu diesem Zweck wird die Kommission laut einer anderen Folgenabschätzung von den Technologieunternehmen mehr Transparenz darüber verlangen, wie sie Inhalte moderieren. Der Vorschlag wird wahrscheinlich "Sorgfaltspflichten [wie] Benachrichtigung und Maßnahmen" auferlegen und Online-Plattformen dazu verpflichten, zu wissen, welche Unternehmen ihre Plattformen nutzen, transparent über ihre bezahlten Werbe- und Empfehlungssysteme zu sein.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Herzlichst,

Ihr [VÖWG](#)-Team!

---

IMPRESSUM:

Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs  
Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

Telefon: +43-1-4082204

E-Mail: [sekretariat@voewg.at](mailto:sekretariat@voewg.at)

Web: [www.voewg.at](http://www.voewg.at)

Rückfragehinweis: [intern@voewg.at](mailto:intern@voewg.at)

[Unsubscribe](#)